

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der dtl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringertages monatlich 20 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 27 Pf., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 28 Pf. — Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. **Sprechstunde:** nur montags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14, Tel. 1709. **Verkaufspreis:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gesetzliche Preiskategorie mit 3 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. **Verkaufspreis 25 Pf.** Inserate müssen bis spätestens $\frac{1}{4}$ 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 29.

Dresden, Montag den 5. Februar 1912.

23. Jahrg.

Unternehmerforderungen an den Reichstag.

Es ist recht bemerkenswert, wie sich die eigentlichen Interessengruppen des Unternehmertums zum neuen Reichstag stellen. Die Arbeitgeber-Zeitung, in der die kapitalistischen Interessen von dem bekannten Freiherren v. Reischwitz eifrig vertreten werden, wendet sich dagegen, daß jetzt in bürgerlichen Lagern ein höchst unerfreuliches Streben darüber stattfindet, welchen Schuldposten am meisten bei der Verbilligung der so außerordentlichen Erfolge der Sozialdemokratie befristet sei. Ebenfalls aber sei es „höchst unüberlegt“, ja geradezu gefährlich, wenn sich die einen wie die andern nunmehr mit der Behauptung wegzubehelligen suchen, daß die Hauptschuld an dem bedauerlichen Wahlausgang der Regierung aufzubürden ist.

Die Arbeitgeber-Zeitung weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß die sozialdemokratischen Erfolge nicht, wie vielfach von liberalen Blättern gesagt wird, erst als Folge des Zusammenbruchs der Bismarckschen Sozialpolitik und der verfehlten Finanzpolitik eingetreten seien. Dagegen doch schon sofort nach den Wahlen von 1907 die Sozialdemokratie neuen Aufschwung genommen, die Zahl ihrer Parteimitglieder sei gerade in jenen Jahren der Bismarckschen Sozialpolitik angewachsen. Auch mit einer „jüngenden Wahlparole“ wäre nicht zu machen gewesen, meint die Arbeitgeber-Zeitung:

„Wenn das Bedauern darüber kein Ende ist, daß die Reichsregierung nicht zu rechter Zeit mit einer jüngernden Wahlparole hervorgetreten ist, so muß ihr doch das von vornherein als außerordentlich unglücklich angesehen werden, daß es ihr diesmal nicht leicht fallen konnte, nach dieser Richtung hin das erwünschte Wort zu finden, nachdem erst fünf Jahre zuvor, und zwar überhaupt noch mit rein äußerlichem Erfolg, ihre Sechshundert zum innerpolitischen Konstitution in ganz bestimmter Weise festgelegt worden war; in einer Weise, deren den völlig veränderten Verhältnissen entsprechende Veränderung nur zu leicht recht unerschwingliche humoristische Verstärkungen anstößig konnte.“

Nachdem bemerkenswert ist es, daß die Arbeitgeber-Zeitung auch in sozialpolitischen Dingen mit den gegenwärtigen Regierungsmännern durchaus zufrieden ist. Früher hätten, so führt das Blatt aus, die verantwortlichen Nationalen solche Auffassungen über die Sozialdemokratie gehabt; sie hätten sich durch „sehr einflussreiche akademische Kreise“ zu der falschen Ansicht verleiten lassen, daß man die Sozialdemokratie dazuden müsse, weil sie doch auch Arbeiterinteressen vertrete und die revolutionären Mächten schädlich abtragen werde. Diese Auffassung sei aber als Irrtum erkannt worden. „Wir sind der festen Überzeugung“, sagt das Blatt des Herrn v. Reischwitz, „daß man in den leidenden Kreisen schon längst zu der Erkenntnis der Tragweite des gegenwärtigen Irrtums gelangt ist.“ Ein anderes aber ist es, Fehler zu erkennen, und ein anderes, Fehler zu verbessern.

Die gegenwärtige Lage auf innerpolitischem Gebiete sei nun leider so ungünstig wie möglich zur Inangriffnahme von entschließenden Abhilfsmahregeln. Das heißt — und es entspricht es auch der wirklichen Lage der Dinge —: Die kapitalistischen Herren sind sich sicher, daß die Regierung Reichmann-Holweg frei ist von jeder „akademischen“ Meinung. Arbeiterinteressen zu fördern, und bereit ist, jederzeit entsprechende „Abhilfsmahregeln“ gegen die „sozialdemokratischen Gefahren“ vorzunehmen.

Er trägt denn nun aber noch Meinung des Unternehmerrates die Schuld an den Erfolgen der Sozialdemokratie? Und wie soll erreicht werden, daß die Regierung in den Stand gesetzt wird, die Gebote des Unternehmertums zu erfüllen? Die Schuld soll an den „bürgerlichen Parteien“ gelegt werden. Diese sollen über ihren Oberdummgekommen und endlich wieder jene Solidarität untereinander erreichen, die einzig und allein der andernfalls unaussprechlichen politisch-ökonomischen Vorurteile in den bürgerlichen Parteien ist. Wie aber soll diese Solidarität der bürgerlichen Parteien sich bewahren. Jetzt vertritt die Arbeitgeber-Zeitung, worauf ihr alles ankommt? Die Sozialdemokratie fordert Sicherung des Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, Reichsarbeitsamt und Arbeiterkammern, Ausbau der Gewerbeinspektion, Normalarbeitszeit, weitere Verbilligung der Arbeitslosen- und Gesundheitsfürsorge, Reform der Arbeiterversicherung, die färbere Reichsversicherungsanstalt und Reichsversicherungsanstalt und andere mehr. Gegen diese Forderungen hat sie zu lehnen, daß sie die erste Pflicht aller bürgerlichen Parteien. Die Arbeitgeber-Zeitung ruf diesen Parteien zu:

„Nicht den bürgerlichen Parteien auch nur das geringste daran, daß die schon an sich durch die allgemeine Wirtschaftslage einer recht unheilvollen Zukunft entgegenstehende Bittererzeugung nicht wiederum aus dem Tantal gehoben wird, dann werden sie doch nicht erst bald zu einer maßgebenden Rolle ihrer bürgerlichen Verhältnisse gelangen und die Kronstellung wieder dahin nehmen müssen, wofür sie stets hätte genommen werden müssen: nämlich nach links. Ja, wir vertrauen sogar sehr darauf, daß auch die von dem demokratischen Flügel des Linkliberalismus in letzter Zeit beobachtete Kampfmethode von diesem allzu bald wieder verlassen einbühler Gelegenheit der sozialdemokratischen Verhältnisse allmählicher Abwärtigung der bürgerlichen Gesellschaft aufgegeben wird.“

Es versteht sich, daß die Arbeitgeber-Zeitung, nachdem man in der Wahlzeit von der glänzenden Entwicklung des Wirtschaftlebens und der Steigerung des „Volkeinkommens“

geschwärmt hat, jetzt wieder von dem Elend redet, das über unsere armen Kapitalisten hereinbrechen wird, sofern nicht endgültig und abfolut mit der verhaßten Sozialpolitik Schluß gemacht wird. Die bürgerlichen Parteien des letzten Reichstags haben wahrlich sozialpolitisch herzlich wenig geleistet und man hätte meinen, daß auch das einseitige Unternehmertum mit ihnen sehr zufrieden sein könnte. Aber nein, sie haben sich angeblich alles sehr willfährig zu den sozialdemokratischen Forderungen verhalten. Das muß jetzt anders werden. Diese Parteien sollen eine „maßgebende Revision ihres bisherigen Verhaltens“ eintreten lassen. Sie sollen keinerlei Sozialreform, auch nicht die schwächste und oberflächlichste, betreiben, nicht einmal der Schatz der Arbeiter in besonders gesundheitgefährlichen Betrieben darf fortgeführt werden. Parteien, die sich solchem Gebote des Unternehmertums nicht fügen würden, werden mißt bedroht, daß sie sich der „Abwärtigung der bürgerlichen Gesellschaft“ schuldig machen.

Wenn, so behauptet die Arbeitgeber-Zeitung ihre Wahlbetrachtung, die Parteien in der von ihr gemeinteten Art sich zusammenschließen, dann werde auch die Regierung wieder „aus ihrer bis dahin beobachteten Reserve heraustreten“. Dann werde die Regierung sich an die Spitze derer stellen, die „nicht länger gewillt sind, unter deutsches Vaterland zum Tumultplatz einer Horde von revolutionären Demagogen zu machen!“

Die Sprechweise des Unternehmertums entspricht sehr den Parteien von „Friede und Bildung“. Doch wir denken den noblen Leuten das. Es wird sich ja bald zeigen, in welchem Maße bei den bürgerlichen Parteien die Meinung vorhanden ist, die Rechte des Klassenbewußtseins Unternehmerrates als die richtige Lehre aus dem Ergebnis der roten Wahlen von 1912 anzuerkennen. Neigungen dazu sind sicherlich, von den Konservativen ganz zu schweigen, bei dem Zentrum und den liberalen Parteien vorhanden. Es fragt sich nur, ob in diesen Parteien nicht auch Politiker vorhanden sind, die durch die Niederlagen, die gerade auch ein Trübnis und ein Augenblick erlitten haben, zu erheblichen anderen Erkenntnissen gelangt sind. Ohne Zweifel haben neben anderen Ursachen die mangelnde Sozialreform und die schon immer drohenden Schanzmauerwerke ein bedeutendes Teil zu den großen sozialdemokratischen Siegen beigetragen. Die Sozialdemokratie würde sich sicherlich auch in Zukunft gar nicht abel lassen, wenn die Vorkämpfer der Freiherren von Reischwitz jetzt noch mehr Gehör finden sollten, als schon bisher. Es gibt noch immer viele Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die den bürgerlichen Parteien anhängen. Und soll es recht sein, wenn man sie bis auf den letzten Mann in unsere Reihen treibt!

Ein Friedensangebot.

Mitte dieser Woche wird die neugewählte Volksobervertretung eröffnet werden. Wir wissen heute noch nicht viel über die Arbeiten und Vorlagen, mit denen sie sich wird befassen müssen, aber eins wissen wir bestimmt: Der neue Reichstag wird neue Heeres- und Flottenrüstungen zu beraten haben. Darum ist es wohl kein Zufall, daß der englische Schatzkanzler Lloyd George gestern vor dem Londoner City-Publikum eine aufsehenerregende Rede gehalten hat, in der er wieder einmal dem Weltfrieden, der Abrüstung, der internationalen Verständigung das Wort redete.

Lloyd George sagte:

Es hat niemals in der Geschichte eine Zeit gegeben, wo England besser gerüstet war, irgendeiner Gefahr zu begegnen. Wenn man verlangt, daß Erparnisse in den Finanzen gemacht werden, so muß das Anwerben der Rüstungen zum Stillstand gebracht werden. Solange aber Heer, Flotte, Luft und Kriegswaffen unter den Rüstungen nicht aufhalten. Das ist das erste, was man tun muß, und jetzt ist der günstigste Augenblick, es anzuschließen, trotz zahlreicher entgegenstehender Faktoren. Wir sind nicht die einzigen, die die Gefahr erkennen, die aus der internationalen Atmosphäre entspringt. Trotz aller Verhältnisse, die wir bedauern, haben die jüngsten Ereignisse doch die Wirkung gehabt, die Aufmerksamkeit aller Nationen auf die Gefahren der Lage zu lenken. Ich will auf vergangene Dinge nicht zurückgreifen. Ich werde die Regierung nicht verteidigen oder andere kritisieren. Ich werde auch nicht mich selbst und das, was ich getan habe, verteidigen. Darum? Nicht, weil ich nicht bereit wäre, es zu tun, wenn ich es für wünschenswert erachtete, sondern weil ich überzeugt bin, daß man, je mehr man sich verteidigt, die Erregung noch hält. Ein sehr günstiger Umstand besteht: die Wärsellofrage, die ständig eine Quelle der Erregung und der Feindschaft unter den Großmächten war, ist geregelt worden. Ein Abkommen ist zustande gekommen, das sowohl Frankreich wie Deutschland zum Vorteil gereicht und das auch die deutschen Interessen nicht verletzt. Der Tag nach einem Streit ist nicht immer die schlechteste Zeit, Differenzen zu beseitigen. Ich glaube, daß es im Interesse Frankreichs, Deutschlands und Rußlands wie auch in unserem eigenen liegt, daß ein besseres Verhältnis zwischen den Nationen besteht. Das glaube ich aufrichtig und aufrichtig. Es ist erreichbar. (Beifall) Die Welt würde dadurch besser und ruhiger werden, die Grenzen würden herabgesetzt werden können, und alles Geld, das

an den Rüstungen erspart würde, könnte dazu benutzt werden, die Wirtschaft des Landes zu entwickeln und die Lage des Volkes zu verbessern. Der Erfolg guter Finanzen ist Frieden auf Erden und gegenseitiger guter Wille unter den Menschen.

Unsere nationalistische Presse gibt die englische Ministerrede wieder mit mehr oder weniger ironischen Kommentaren, in denen die Gültigkeit der Worte angezweifelt werden. So schreibt die „Kölnische Volkszeitung“:

„Ten schönen Worten irrtümlich Handlungen immer wieder entgegen, außerdem in der Welt wurde und wird von maßgebender englischer Seite Deutschland mit Mißtrauen und Querebreenen begegnet, die aufreißend wirken müssen, weil Deutschland Englands politische Interessen tatsächlich nicht schädigt, dafür aber stets solcher Schwärmereien verdächtigt wird, weil Deutschland naturgemäß berechtigt ist, für seine Zielsetzung weitere Pläne an der Sonne zu suchen, während England trotz seines ungeheuren Länderbesitzes rund um die Erde fortgesetzt als Kinnerrlast eine widerwärtige Ländereingrenzung an den Tag legt, die in gar keinem Verhältnis zu den Bedürfnissen seiner Bevölkerung steht.“

Mit so billigen imperialistischen Phrasen hat sich der größte Teil unserer bürgerlichen Presse immer bemüht, die Abrüstungsrede zu diskreditieren. Aber abgesehen davon, daß der Wunsch nach kapitalistischer Weltpolitik und Weiterentwicklung der Vater dieser Englandfressereien ist, wäre ein zweifelndes Mäkeln gegenüber Lloyd Georges Friedensrede zu verurteilen, wenn man einzelne Phasen des verflochtenen Wärsellofrummels überdenkt. Ein Kriegsrummel, der uns bemies, auf welchem Pulverhaufen wir trotz aller hohen und höchsten Friedensreden stehen, so lange sich das Kapital unter nationaler Flagge um die Reutepläne des Weltmarktes jankt. Aber neben all diesen Gefahren haben sich in den letzten Jahren Erscheinungen gezeigt, die der Kulturlosigkeit die internationale Verständigung erschweren lassen als eine Notwendigkeit, die sich gegen alle nationalpolitische und kapitalistische Kriegstreiberbetriebe durchsetzen wird. Die Völker schägen unter dem militärischen Alp und gleichen Peitern in Akzentem Waffensdumst. Das neueste französische Heeresbudget weist eine Erhöhung um 25 Mill. auf und macht schon wieder eine Steuerreform notwendig. Und auch England fand die Drohung seiner nationalpolitischen Schreier, jedes neue deutsche Kriegsschiff mit zwei neuen englischen zu beantworten, nicht anders wahrnehmend als durch eine stärkere Besteuerung der Verfügenden. Weder man ferner, wie sehr das Vorkapital international verbunden und verknüpft ist, daß selbst eine Niederlage der als unsere „Feinde“ verachteten weltlichen Nachbarn den Bankrott zahlreicher einheimischer Finanzgruppen bedeuten müßte, daß ein moderner Krieg alle beteiligten Völker in Not, Elend, Ruin und innere Krisen stürzen müßte, so wird die Friedenssehnsucht vieler bürgerlicher Schichten verständlich und die Rede Lord Georges erscheint unter solchen Gesichtspunkten als eine Kundgebung, hinter der mehr als eine vernünftige Ministerregierung steht.

Zweifellos sind hüten und drüben noch starke kapitalistische Mächte am Werk, die daran interessiert sind, die Völker nicht aus Rüstungssieber und Kriegswahn erwachen zu lassen. Unsere Desperadopolitiker glauben ja sogar die rote Blut mit einem „kritischen, frühlichen Kriege“ abdammen zu können. „O Herr, gib wieder Krieg“, betete jüngst in der Post die Juliarchiv eines Regierungsrates zum Himmel, und die schwarzblauen Wähler wissen, warum sie verächtlicherweisse den Krieg bei jeder unpassenden Gelegenheit als „Hitliche Kraft“ feiern.

All diesen Treibereien gegenüber ist es eine der heiligsten Pflichten der Sozialdemokratie, die Völker zur internationalen Verständigung aufzurufen, und auch darum erscheint Lloyd Georges Rede nicht als zusammenhanglose Zufälligkeit, weil sie gehalten wurde kurz nach dem Wahlsieg der deutschen Friedenspartei, der Sozialdemokratie, und einige Tage nach der großen Friedenskundgebung auf der Konferenz der englischen Arbeiterpartei.

Inzwischen geht der Amtschimmel der in Berlin regierenden Bürokratie in gedankentosem Trab den umgeführten Weg weiter. Der neue Reichstag wird neue Heeres- und Flottenvorlagen auf seinem Tisch finden, durch die für die Sicherheit Deutschlands nichts gewonnen, die Unsicherheit ganz Europas aber vermehrt wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird es nicht unentlassen, diese verkehrte Politik mit der gewohnten gründlichen Schärfe zu bekämpfen, und es wird interessant sein, zu beobachten, wie sich die bürgerlichen Parteien zu dem neuesten englischen Friedensangebot stellen werden.

Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung.

2. Eine gute berufliche Ausbildung ist heute mehr denn je zur Notwendigkeit im Interesse der Industrie, und vor allem im Interesse der Arbeiter selbst. Aber diese Ausbildung darf nicht auf untergeordnete Betriebsformen zugeschnitten, sondern muß den modernen Produktionsverhältnissen angepaßt werden. Die moderne Betriebsform ist die Fabrik mit ihrer Arbeitsteilung. Aber dennoch oder gerade deshalb darf die berufliche Ausbildung der Arbeiter keine einseitige sein, vielmehr

muss sie dem Arbeiter die Fähigkeit verschaffen, sich auf jede Spezialität leicht einarbeiten zu können und alle Berufsarbeiten zu betreiben. Die Tüchtigkeit und Vielseitigkeit verschafft dem Arbeiter eine größere Unabhängigkeit von einem bestimmten Betriebe, also vom Unternehmer; gestattet ihm, die Arbeitsstätte leichter zu wechseln, als wenn er nur auf einen bestimmten Artikel eingearbeitet ist. Aber auch die Industrie erfordert Arbeitskräfte, die jeder neuauftauchenden Arbeit gewachsen sind. Denn nichts ist befähigender in der Produktion als der Wechsel. Deshalb ist die theoretische Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses das wichtigste.

Eine große Maschinenfabrik hat aus diesen Gründen auch den sehr vernünftigen Vorschlag gemacht, an die Volkshochschule eine einjährige Gewerbebildungsschule anzuschließen und die Schulung erst mit Ablauf des 15. Lebensjahres eintreten zu lassen. Das sei auch aus dem Grunde der Erwägung wert, weil die 14jährigen Leute noch zu wenig für Arbeit und Berufsaufbau fähig seien und der einjährige Schulbesuch einer gewerblichen Fortbildungsschule jedem Arbeiter not tue. Das ist gewiss sehr richtig. Der Ausbau der Volkshochschule nach dieser Richtung hin ist die erste und wichtigste Forderung, die für die Berufsausbildung des gewerblichen Nachwuchses erhoben werden muss. Aber sie genügt selbstverständlich nicht, um alle Lebensbedürfnisse zu befriedigen und eine gute Berufsausbildung zu ermöglichen.

Besser als im Kleinhandwerk sind bereits die Einrichtungen zur Ausbildung von Lehrlingen in einigen großindustriellen Betrieben geschaffen. Eine Anzahl Fabriken hat Lehrwerkstätten für Schloßer, Schmiede, Dreher, Maschinenbauer, Maschinisten usw. eingerichtet, ferner gibt es solche Lehrwerkstätten in Wagenschlössen, Schnellpressenfabriken, Möbelfabriken usw. Eine besondere Bedeutung aber hat die Ausbildung in den Maschinenfabriken, mechanischen Betrieben und Möbelfabriken erlangt. Die Lehrwerkstätten für Volkshochschulen hat freilich nur 28 Betriebe mit solchen Lehrwerkstätten eingerichtet, aber es soll deren wesentlich mehr geben. Die Lehrlinge arbeiten gewöhnlich zwei Jahre in der besonderen Lehrwerkstätte, wo sie den besonders angeordneten Lehrlingsunterricht erhalten. Vom dritten Jahr an kommen die Lehrlinge dann größtenteils in den Betrieb zu anderen Lehrern, um sie möglichst vielseitig auszubilden. Die deutschen Werkstätten für Handwerkskunst haben sogar eine Lehrwerkstätte mit Fortbildungsschule. Solche Einrichtungen können sich nur die großen Betriebe leisten. Sie sind erst auch nur in wenigen Ausnahmen vorhanden, und für die große Masse der Lehrlinge kommen sie nicht in Betracht. Im allgemeinen werden die Lehrlinge in den Fabriken ebenso einseitig ausgebildet, wie im größten Teil der Handwerksbetriebe. Viele Fabriken halten überhaupt keine Lehrlinge.

Im allgemeinen ist weder das Handwerk noch die Handelsgewerbe dazu, das Lehrlingswesen in dem Sinne zu reformieren, das es den modernen Ansprüchen Rechnung trägt und für eine allgemeine und gute berufliche Ausbildung des gesamten gewerblichen Nachwuchses geeignet ist. Das Ziel der Reform des Lehrlingswesens kann kein anderes sein als die Ausbildung des gesamten gewerblichen Nachwuchses in staatlichen und kommunalen Lehrwerkstätten, wie die nach dem Vorbild der in der Stadt Augsburg eingerichtete sogenannte Handwerkerhochschule, die seit 4. September 1905 besteht. Sie ist eine von der Stadt Augsburg errichtete Schule, die aus Mitteln des Staates, des Kreises Schwaben und Neuburg und der Stadt Augsburg unterhalten wird. Der jährliche Staatszuschuss beträgt 30 000 M. Die Schule hat den Zweck, jungen Leuten mit guter Volksschulbildung eine gründliche und vielseitige Ausbildung in ihrem Gewerbe nach der theoretischen und praktischen Seite hin zu gewähren. Sie umfasst aber nur erst die drei Gewerbe der Schlosser, Tischler und Schmiede. Technische Schulen der Schlosser, Tischler und Schmiede. Technische Schulen gibt es schon längere Zeit in der Schweiz, in Baden und Württemberg. Sie dienen aber nur einer sehr kleinen Anzahl von meistens besser situierten Lehrlingen. Ihre allgemeine Durchführung mit völlig unentgeltlichem Unterricht ist indes das einzige Mittel, um eine gute berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

Für solche Kulturaufgaben ist freilich in Deutschland kein Geld da, und die staatlichen Lehrwerkstätten dürften wohl erst in einer späteren Zukunft angeordnet werden. Bis jetzt sind in Deutschland noch nicht einmal über die Fortbildungsschulen obligatorisch eingerichtet. Eine obligatorische, dreijährige Fortbildungsschule, mit Tag- und Nachunterricht, selbstverständlich mit gewerblicher Ausbildung und Lehrwerkstätten verbunden, wie sie bereits in einer Anzahl von Städten, vor allem in Süddeutschland, bestehen, das wird zunächst eintreten werden müssen, das lässt sich auch ohne besonders große Kosten durchführen. Diese Schulen würden auch einen Übergang zu den allgemeinen Lehrwerkstätten bilden können.

Mit antikerischen und mittelalterlichen Einrichtungen kann das Lehrlingswesen nicht reformiert werden. Die Mittelstände sind nicht beauftragt. Die jüngsten Handwerksmeister wollen freilich meistens, wie auch wieder die Erziehung der Lehrwerkstätten für Volkshochschulen ersehen hat, nichts von den Gewerbeschulen mit Tag- und Nachunterricht wissen, weil sie dadurch in der Ausübung der jungen Arbeitskräfte gehindert werden. Solange das Interesse der Auszubildenden der Lehrlinge auch für die Arbeitgeber höher steht als die Ausbildung des Nachwuchses auch nicht wesentlich ansteigen können. In Süddeutschland sind aber bereits gute Ansätze für eine bessere Berufsausbildung gemacht worden, die dreijährige obligatorische Fortbildungsschule mit Tag- und Nachunterricht und Lehrwerkstätten besteht da bereits. Sie auch im übrigen Deutschland einzuführen und auf höchste auszubilden, ist das nächste und zunächst wichtigste, was für die Reform des Lehrlingswesens und die Berufsbildung des gewerblichen Nachwuchses gefordert wird.

Deutsches Reich.

Behrman-Hellweg sammelt.

Der Reichskammer hat — wie gemeldet wird — führende Parlamentarier aller bürgerlichen Parteien für die ersten Tage dieser Woche zu Verhandlungen über die kommenden Abstimmungen und über ihre Lösungsbekämpfung in sich bitten lassen. Diese Verhandlungen werden, der Art nach, getrennt von einander abgehalten werden. Während die Einzelheiten und die Höhe der Steuern und der Finanzverwaltung bereits feststehen, ist über die Wahl der neuen Steuerbehörde noch kein endgültiger Entscheid gefasst worden. Mit der Billigung zu Lande soll diesmal „ganze und so schnelle“ Arbeit gemacht werden, das die jäm-

lichen geplanten Neuaufstellungen schon am 1. Oktober dieses Jahres formiert sein werden. Naturgemäß werden auch die einmaligen Forderungen für Gräben, Waffen und anderes Kriegsmaterial harte Anforderungen an die Reichskasse stellen.

In dem Kanzlerblatt, der Nordd. Allg. Ztg. wird in allen Tonarten zur Sammlung geblasen. Das Blatt redet den bürgerlichen Parteien wie kranken Pferden zu. Es rücht sie damit zu fördern, daß sie ihnen das schöne Bild eines glänzenden Wahlzieles über die Sozialdemokratie erscheinen läßt. Das Blatt schreibt:

Von den zehn Mandaten, die sie in Reichswahlen während der vorigen Legislaturperiode gewonnen hatte, konnte die Sozialdemokratie selbst bei der jetzigen, so günstigen Parteikonstellation die Mehrzahl nicht behaupten. Das ist doch bezeichnend für die wechselnde Stimmung ihrer Wähler und beweist, daß es möglich sein würde, ihr auch die jüngst eroberten Siege wieder abzunehmen. Sie fühlt das selbst sehr wohl und kennt jetzt keine größere Sorge, als die „Wahlkämpfer“ zu vollbewahren und zuverlässigen „Genossen“ zu machen. Wollen die bürgerlichen Parteien das verhindern, so müssen sie vor allem die Gründe aus der Welt schaffen, die jene Wähler den roten Stimmzettel haben wählen lassen: die unzulängliche und unzureichende Verankerung am Reich und die gegenwärtige Verheerung und Verwüstung. Je früher damit begonnen wird, desto fester wird ein neuer Aufbau der bürgerlichen Parteien auf Kosten der Sozialdemokratie zu erwarten sein.

Das Kanzlerblatt weist darauf hin, daß wir bestrebt sind, aus den sogenannten Vorkämpfern gute Genossen zu machen. Beweist, das wollen wir. Allerdings nicht nur deshalb, um die eroberten Mandate zu halten. Die Sozialdemokratie sieht ihre Ziele nicht erreicht, wenn sie auch noch soviel Mandate erlangt. Sie erstrebt eine völlige Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Dazu aber ist es nötig, daß die sozialistischen Ideen den Massen in Fleisch und Blut übergegangen sind. Daher wird es unter allen Umständen unter heftigen Bemühnen sein, immer weitere Kreise des Volkes über unsere Anschauungen aufzuklären und immer mehr überzeugte Anhänger für die Sache des Sozialismus zu werben.

Das Kanzlerblatt fordert von den bürgerlichen Parteien, sie sollten die Gründe befeuern, die so viele Wähler veranlaßt haben, für sozialdemokratische Kandidaten zu stimmen. Behauptung der Sozialdemokratie verlangt hier von den Parteien mehr als sie leisten können. Es will keinen Feiern weismachen, daß nur der Dader würden den bürgerlichen Parteien so vielen den sozialdemokratischen Stimmzettel in die Hand gedrückt hat. Das ist natürlich Unfug. Der reaktionäre Politik, die seit Jahren Regierung und Reichstagsmehrheit gemeinsam getrieben haben, ist es zuzuschreiben, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen so kolossal gewachsen ist. Die Parteien müssen eine wahrhaft vollständige Politik treiben, wenn sie die im Volke herrschende Unzufriedenheit vermindern wollen. Daran ist aber natürlich nicht zu denken. Die Parteien, die heute in unsern Parlamenten die Mehrheit haben, sind eben dazu da, die Interessen der bestehenden Klassen zu vertreten. Wie können sie eine Politik treiben, die die Volksmassen zufrieden stellt? Die Kreuzzeitung will übrigens von der Sammlung nichts wissen. Sie schreibt: „Die Zeit ist vorbei, in der eine Verständigung der bürgerlichen Parteien noch möglich war.“

Eine Sammlung nach dem Herzen Behmoms würde voraussetzen, daß auch die Konservativen einige, wenn auch geringe Konzessionen machen. Dafür sind aber die echten und rechten Arbeiter, deren Organ die Kreuzzeitung ist, nicht zu haben. Sie wollen die unumstößlichen Forten bleiben, nach deren Pfeife alles in Preußen-Deutschland zu tanzen hat.

Die preussische Regierung und die Wahlrechtsreform. Die Tagesblätter schreiben in ihrer Sonntagsausgabe: „Zu der Erklärung des Ministers v. Dölling über die preussische Wahlrechtsvorlage erhalten wir von der durchaus zuverlässigen Seite eine erweiterte Darstellung des Standpunktes der preussischen Regierung, der in den nachstehenden Erklärungen zum Ausdruck kommt.“

Der Sprecher der Regierung hat ausdrücklich gesagt, daß die Regierung in diesem Jahre von der Einbringung einer Wahlrechtsreform absehen will. Die Betonung muß auf diesem Jahre“ gelegt werden, wenn der Standpunkt des Staatsministeriums richtig erklärt werden soll. Die Regierung behält es sich also vor, dem Landtag, der unter Umständen bis zum Juni 1913 zusammengekommen werden kann, noch kurz vor seinem verfassungsmäßigen Auseinandergehen eine Vorlage über die Reform des preussischen Wahlrechts anzugeben zu lassen, vorausgesetzt, daß die Entscheidung der innerpolitischen Verhältnisse eine derartige Wahne als richtig erscheinen läßt. Der Reformentwurf liegt im Ministerium des Innern fertig vor; es ist sogar bekannt, daß die Regierung sich um den Boden des direkten und geheimen Wahlrechts bemüht hat, allerdings unter Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts.

Daß die Regierung diesem Landtag noch einen Wahlrechtsreform-Entwurf vorlegt, ist nicht ganz unwahrscheinlich, zumal, nachdem auch die Konservativen erklärt haben, daß sie eventuell bereit sein würden, für eine Milderung des preussischen Wahlrechts einzutreten. Allerdings wird dann diese Reform auch danach sein. An eine nennenswerte Erweiterung der Rechte der Volksmassen ist bei dieser Regierung und diesem Landtag natürlich nicht zu denken. Das Dreiklassenwahlrecht soll ja auch beibehalten werden! Die Vorlage, die angeblich bereits im Ministerium ist und fertig daliegen soll, wäre demnach wieder ebenso eine Verkümmung des Volks wie die vorige „Wahlrechtsreform-Vorlage“ der Regierung.

Der Sozialdemokratie kann es ziemlich gleichgültig sein, wie das reaktionäre G. ausfällt, das man im preussischen Ministerium ausgebrütet hat. Sie wird in jedem Fall den Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen mit demselben Eifer und mit derselben Energie fortführen wie bisher.

Das neue Staatsangehörigkeitsgesetz. Der Bundesrat hat den Entwurf eines neuen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, das seit langer Zeit erwartet wurde, angenommen, und der Entwurf wird dem Reichstage sofort nach seinem Zusammentritt zugehen. Bisher verlor ein Deutscher seine Staatsangehörigkeit, wenn er sich zehn Jahre im Auslande aufhielt, wenn sein Name nicht in die Matrikel der Vertretung seines Heimatlandes eingetragen worden war. Auf diese Weise haben viele Deutsche im Auslande ihre Staatsangehörigkeit verloren, weil sie von den betreffenden Bestimmungen überhaupt keine Kenntnis hatten. Der Entwurf sieht nun vor, daß der Verlust der Staatsangehörigkeit nicht durch Veräußerung einer Immobilie herbeigeführt werden soll, sondern durch Umstände bedingt sein muß, die den Willen des Betreffenden, seinem Vaterlande nicht weiter anzugehören, deutlich

erkennen lassen. Dieser Wille kann selbstverständlich nicht nur ausdrücklich, also durch einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsangehörigkeit, erklärt werden; vielmehr genügt ein Verhalten des Betreffenden, das mit dem staatsrechtlichen Verhältnisse zu seinem Vaterlande nicht zu vereinigen und daher als Verzicht auf die Staatsangehörigkeit anzusehen ist. Ein solches Verhalten erblickt der Gesetzentwurf in dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit und in der Nichterfüllung der Wehrpflicht. Eine Ausnahme wird insofern gemacht, als solchen Deutschen, die durch Kündigung auf Erwerbsverhältnisse gezwungen sind, eine fremde Staatsangehörigkeit zu erwerben, die Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit genehmigt werden kann. Der Verlust der Staatsangehörigkeit tritt unter allen Umständen dann ein, wenn ein im Auslande lebender Deutscher bis zum Ablauf seines 31. Lebensjahres seine Militärverhältnisse nicht ins Reine gebracht oder sich der Fahnenflucht durch Entfernung oder Fernbleiben von der Truppe schuldig gemacht hat. Um den Deutschen im Auslande die Erfüllung ihrer Militärpflicht zu erleichtern, ist in einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsmilitärgesetzes vorgesehen, daß überseesische Deutsche unter Umständen von der aktiven Dienstpflicht ganz befreit werden können, eine Möglichkeit, die auch auf die im europäischen Auslande lebenden Deutschen ausgedehnt werden soll. Ferner sind noch insofern Erleichterungen vorgesehen, als die Dienstpflicht auch bei den Schulpflichtigen erfüllt werden kann. In Zukunft soll bei der Wiederaufnahme aller ehemaligen Deutschen und ihrer Nachkommen von dem Erfordernisse der Niederlassung im Inlande abgesehen werden. Eine weitere Vorkehrung in dem Entwurfe sieht vor, daß Witwen und geschiedene Ehefrauen, die ihre Staatsangehörigkeit durch Verheiratung mit einem Ausländer verloren haben, nach Aufhebung der Ehe wieder in den früheren Staatsverband zurückkehren können.

Agrarische Schmerzen.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschäftigt sich am Samstag vormittag mit dem Landwirtschaftsetat. Die Konservativen erhoben Bedenken wegen der Errichtung einer Quarantänestation für die Einfuhr ausländischen Viehes in Sagnitz auf Mügen. Sie befürchten natürlich, daß durch diese neue Anstalt die Vieheinfuhr bedeutend erhöht werde. Sie behaupten, schon jetzt sei die Vieheinfuhr auf den Traktordampfern eine auffallend große, und durch diese neue Anstalt werde die Gefahr der Seucheneinführung nur erhöht. Der Minister bestritt dies und teilte mit, daß die Anstalt besteht, die Einfuhr schwedischen Viehes auf 15 000 Stück zu beschränken. Von einer Vermehrung der Seuchengefahr könne keine Rede sein. Von den Parteien der Linken wurde getadelt, daß die Anstalt ohne vorherige Befragung des Landtages errichtet wurde, was ein staatsrechtlicher Verstoß sei. Auf eine Anfrage teilte der Ministerpräsident mit, daß trotz der scharfen determinierten Maßregeln die Einfuhr von amerikanischem Viehschmalz nicht wesentlich vermindert sei. Sie ist allerdings schon so gering, daß eine weitere Verminderung kaum möglich ist. — Auf die Aufforderung eines Reichstagsmitgliedes, den am 15. Februar in Kraft tretenden Kartofsel Zoll aufzuheben, erwiderte der Minister, daß nach dem 15. Februar ohnehin nur Kartoffeln eingeführt werden, was seinen Einfluß auf die Preise der Speisekartoffeln habe.

Eine längere Erörterung entspann sich über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Die Regierung erklärte, daß von den bisher vorgeschlagenen Mitteln gegen diese Seuche eigentlich nur das Professor Wüllerstorffs wirksam sei, das aber so teuer sei, daß seine Anwendung in großem Maße nicht möglich ist. — Bemerkenswert ist eine Bemerkung des Landwirtschaftsministers v. Schorlemer, daß an dem System der Einfuhrzölle eine nicht geänderte werden solle, weil dieses System gleichermassen im Interesse der Landwirtschaft wie des Handels liege. Die Regierung ist also, nachdem die Reichstagswahlen vorbei sind, wieder zu der Meinung zurückgekehrt, daß es in der Ordnung ist, den preussischen Junkern für die Ausfuhr wichtiger Lebensmittel noch eine Prämie zu zahlen.

Keine Reichsvermögenssteuer.

Eins der vielen Berliner Korrespondenzbüreaus hatte, um den Drang nach sensationellen Nachrichten zu befriedigen, die absurde Nachricht verbreitet, daß die Regierung an eine Reichsvermögenssteuer zur Deckung der neuen Rüstungsausgaben denke. Es gab sogar Blätter, die sich politisch nennen und doch diese Nachricht abdruckten. Nun kommt Herr Bernuth und demontiert:

Mehrere Zeitungen bedienen sich einer Information, die Einzelheiten darüber bringt, wie sich die verschiedenen Verwaltungen des Reichs angelegentlich zu den geplanten Steuern- und Forderungsvorlagen stellen. Die Information trägt zu deutlich den Stempel der Unrichtigkeit, als daß es nötig erübrigt, auf alle ihre Unwahrscheinlichkeiten und Widersprüche einzugehen. Die vollständige Unmöglichkeit ergibt sich schon aus der Angabe, daß der Reichsminister des Reichsfinanzamtes die Absicht und Hoffnung hege, eine Vermögenssteuer im Bundesrat zur Annahme zu bringen. Es ist allgemein bekannt, wie wie abnehmend die Bundesregierungen sich einer solchen Steuer gegenüber stets verhalten haben und noch verhalten.“

Die Fleischpreise steigen.

Die Allgemeine Fleischzeitung hat bei einer Reihe von Vorstandsmitgliedern des Deutschen Fleischerverbandes und mehreren Obermeistern von Innungen ihres Gewerbes eine Umfrage gehalten, wie sich die Vieh- und demgemäß auch die Fleischpreise in der nächsten Zeit gestalten werden. Diese Umfrage hat ergeben, daß die Sachverständigen fast einstimmig ein Ansteigen der Fleischpreise für die nächste Zeit in Aussicht stellen. Von einem Sinken der Viehpreise könne keine Rede sein.

Angefaßt der Hungersnotpreise der übrigen Lebensmittel — das Pfund Kartoffeln ist schon bis auf 8 Pf. hinaufgetrieben — und angefaßt des strengen Winters, der die Arbeitslosigkeit außerordentlich vermehrt und die Wirtschaftskosten durch vermehrte Heizung noch weiter steigert, eröffnen diese Mittelungen Aussichten auf weitere erhebliche Verstärkungen der Notlage des Volkes. Die Regierung aber sieht müßig dabei und wird, wenn der neue Reichstag sie dringend an ihre Pflicht mahnt, wahrscheinlich wieder die alten Phrasen zum besten geben: „An der bewährten Wirtschaftspolitik darf nicht gerüttelt werden.“

Reichstagsverträge.

Bei den Etatdebatten im preussischen Landtage wurden reformative Anträge angehängt, die als Basis dienen sollen für ein praktisches Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien. Diese Anträge liegen nunmehr vor. Der erste lautet:

den Entwurf...
In letzter...
eine Unterf...
nahmen der...
redits ein...
wird weiter...
durch Aender...
Gebühren, di...
Kammern, Bes...
Ein ander...
daß sie im...
Bestimmungen...
Zusätze, daß...
oben wird, bei...
Widerrückgabe...
berücksichtigt...
Endlich...
London den...
das öffentliche...
lage für die...
wie an der...
Gardung gleich...
Nach die...
abrid vom...
englichen Red...
geflogte wurde...
Geheimnisse zu...
versteilt, was...
werden.
Nach Ver...
briffen Ver...
Schubla und...
für näch...
lung gegen die...
gericht an.
Der harte...
bestimmungen...
verhindert beid...
arbeiten (Sch...
Lohn von 2,80...
Milliar der...
8000 Marl.
Die Volkshoch...
Z Fern...
gerich befrei...
Krankheit und...
Damit is...
Kaufverfänger...
und Gerem...
in allen Teil...
Eroisären u...
getahren u...
ohne darin...
zu finden. T...
und Schrift...
Befondere...
einzig für...
zu bringen...
stimmen für...
Petersbur...
sich beim Be...
war, eine Bon...
und sieben...
Kreuer...
zwischen...
Samm...
Die Käben...
den, die...
nicht aus...
daß die...
Kaufverf...
Kaufverf...
Nach einer...
amerikanischen...
schließen, ihn...
Bathing...
den Engländern...
wischen...
Weiß, keine...
Lohn...
in St...
amerikanische...
Felsing...
Hören, daß...
den Revolution...
bestand noch...
Es ist...
vom Freitag...
Gesandtschaft...
sind Republikan...
verlegt worden.
Kudrn...
schreiben an...
er werde, falls...
gegeben. Er...
sollen, da...
Zrisola...
Nach zum...
Kette, die...
Auf italienische...
die...
gefördert werden.

den Entwurf eines Wohnungsgesetzes zur Verbesserung der Wohnungsbauverhältnisse für die unter großstädtischen Verhältnissen lebenden Menschenmassen vorzulegen.

In dieser Verbindung mit diesem Antrage stehen zwei weitere Entwürfe.

Die erste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die zweite dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die dritte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die vierte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die fünfte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die sechste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die siebte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die achte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die neunte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die zehnte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die elfte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die zwölfte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die dreizehnte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die vierzehnte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die fünfzehnte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die sechzehnte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die siebzehnte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die achtzehnte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die neunzehnte dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die zwanzigste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die einundzwanzigste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die zweiundzwanzigste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die dreiundzwanzigste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die vierundzwanzigste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die fünfundzwanzigste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die sechsundzwanzigste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die siebenundzwanzigste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die achtundzwanzigste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die neunundzwanzigste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Die hundertste dieser Entwürfe betrifft die Aufhebung der bisherigen Beschränkung der Veräußerung von Grundbesitz durch die Gemeinden.

Tripolis, 4. Februar. General Canova ist nach Italien abgereist; den Oberbefehl über das Expeditionskorps hat er zeitweilig dem General Trugoni übertragen.

Triebensvorschlüge.

Konstantinopel, 4. Februar. In dem abermaligen russischen Friedensvorschlag erklären diese maßgebende Kreise: Ein zweiter russischer Friedensvorschlag ist der Priorie noch nicht überreicht worden.

Ein neuer italienisch-französischer Zwischenfall.

Paris, 4. Februar. Infolge des Bombardements der Niederlassung einer französischen Eisenbahngesellschaft in Hobeiba durch italienische Kriegsschiffe fordern die französischen Mächte die Entsendung französischer Kriegsschiffe nach dem Roten Meer.

Die Väter veröffentlicht folgende Einzelheiten über den Zwischenfall von Hobeiba: Die italienische Regierung habe am 27. Januar unter dem Vorwande der Wache der türkischen Roten-See-Flotte die Eisenbahngesellschaft von Hobeiba—Sanaa angegriffen, die von ihr an der Küste besetzten Punkte zu räumen.

Die Gesandtschaft hatte dagegen Einspruch erhoben, und da sie der italienischen Forderung innerhalb der ihr gestellten Frist von fünf Tagen nicht nachkam, bombardierten die Italiener ihre Niederlassungen.

Alle Schiffsmaterial und verschiedene Vorräte wurden zerstört, das restliche Material fast beschlagnahmt. Das auf 40 Leuten bestehende Personal der Gesellschaft, darunter 13 Ingenieure mit ihren Familien, wurde von den strengen Maßnahmen der italienischen Behörden hart betroffen.

Der unerbittliche Charakter der italienischen Angriffe würde noch durch die Tatsache verstärkt, daß die Wache in Hobeiba sich nur auf die Küsten von Hobeiba und Sebana erstreckte, wo die französischen Interessen sehr beträchtliche seien.

Parteiangelegenheiten.

Die Presse unter Zwangsdruck.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

Die Volkspartei hat die Verhaftung eines Verhafteten als ein Beispiel für die Unterdrückung der Presse bezeichnet.

stufen wurden die Bibliotheken zusammengeführt. — Ein gutes Stück umfangreicher und tieferliegender Arbeit, das in der zweiten Hälfte 1911 noch kräftig gefördert wurde, kommt in dem Berichte zum Ausdruck. Die im April beschlossene Wiener Gemeindevorstände wählen dürften weitere große Erfolge dem bisherigen Vorhaben hinzufügen. Am wertvollsten aber bleibt die praktische Arbeit, die in der alle Zweige der öffentlichen Arbeiterbewegung sich zusammenschließen, und die Einigkeit in der gemeinsamen Arbeit, die sachliche Meinungsverschiedenheiten zurückdrängt und persönliche Rivalitäten gar nicht aufkommen läßt.

Prognose der städtischen Landesmeterwerte für den 6. Februar: Südwestwind; wechselländige Bewölkung; wärmer; trocken.

Tredner Polizeibericht vom 6. Februar.

Vermiit wird seit 31. Januar der 27 Jahre alte Vertriebler Max Stürminger. Er hat an diesem Tage keine in der Gortstadt Wägen gelegene Wohnung unter dem Vorgeben verlassen, eine dringliche Angelegenheit erledigen zu müssen. Seine Angehörigen vermehren, daß er in einem Zustande nervöser Erregung planlos umherläuft oder sich das Leben genommen hat. Gestern war er mit Kommandante und einem weissen Hemd, ferner mit blauem Jackett, schwarzer Hose, grau- und schwarzgedruckter Weste, schwarzem, feinem Hut, gest. M. St., schwarzem Winterüberzieher und schwarzen Schuhtreibern. Bei seinem Weggange trug er an Silberne Armbänder eine silberne Uhr mit der Nr. 55031 und den Buchstaben M. St. bei sich. Nachrichten über ihn werden an die königliche Polizeidirektion erbeten.

In Streblen schoß sich am Sonnabend ein 18 Jahre alter Technikerlehrling in selbstmörderischer Absicht eine Kugel in den Kopf. Er wurde schwerverletzt nach dem Krankenhaus gebracht, wo er bald danach verschied. Der Beweggrund zur Tat des Lebensmüden, der bereits vor zwei Monaten sich zu vergiften versucht hatte, soll in verheulenen Spekulationen zu suchen sein.

Am Sonntag verfuhr ein durch ein Herz- und Leberleiden in Schwermut verfallener älterer Eisenarbeiter sich in seiner Wohnung zu erhängen. Man brachte den sehr erschöpften Mann im Unfallswagen in die Heil- und Hospitalküche.

Vorgelesen fürte ein am Kanalbau auf der verlängerten Brunnenträhe beschäftigter 57 Jahre alter Arbeiter verumthacht durch einen Rekruten in den Schacht hinab und erlitt innere Verletzungen, die noch am selben Tage seinen Tod herbeiführten.

In ihrer in der Nordbahnstraße gelegenen Wohnung wurde am Sonnabend früh eine 70 Jahre alte Wägenmacherin tot vorgefunden. Nach dem Ergebnis der polizeilichen Leichenschau war der Tod infolge eines Herzschlages eingetreten.

Letzte Telegramme.

Demission des bairischen Ministeriums.

München, 6. Februar. (Privattelegramm.) Das bairische Ministerium hat seine Demission eingereicht. Es wird behauptet, daß diese Demission als ein Sieg des Zentrum angesehen ist, das die dem Zentrum nicht freundlichen Minister beiseite setzen möchte. Das ist nicht der Fall, das Ministerium will sich nur für den Fall decken, daß bei den heutigen Wahlen wieder eine Zentrumsmehrheit zustande kommen sollte. Der Prinzregent hat sich die Entscheidung vorbehalten.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Braunschweig, 6. Februar. Die dem Landtage zugegangene Wahlrechtsvorlage der Regierung sieht eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten von 48 auf 64 vor, von denen 38 in 12 Wahlbezirken durch allgemeine, geheime und direkte Wahl nach dem Verhältniswahlrecht und 18 durch Wahlen der Verwaltungen bestimmt werden sollen.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Kassenmitglieder
der Krankenkasse der Innung der Baumeister zu Dresden.
Dienstag den 13. Februar 1912, abends 8 Uhr
(Umlauf 7^{1/2} Uhr, Schluss der Türen 8 Uhr)

Wahl-Versammlung

im Saale des Hotels „Herzogin Garten“
Dresden, Oststraße Nr. 15b
Tages-Einladung:

Zahl von 6 Vertretern und 2 Ergänzungern zur Generalversammlung.
Wahlberechtigte Kassenmitglieder werden hierdurch eingeladen.

Wahlberechtigt und wählbar sind hierbei nur diejenigen groß-
bürtigen Kassenmitglieder, welche sich im Besitz der bürgerlichen
Ehrenrechte befinden. (§ 27, Abs. 3 des Kassenstatuts.)
Jedes Mitglied, welches an vorhergehender Wahl teilgenommen
wird, hat sich vor Eintritt in den Saal durch Vorzeigung des Quittungs-
buchs, welches bis zum Ende der Versammlung vom Arbeitgeber
quittiert und abgekempft sein muß, zu legitimieren. Anwesend
stehende Mitglieder haben das von der Kasse quittierte Mitglieds-
buch vorzulegen.

An Stelle eines abwesenden oder verstorbenen Quittungsbuchs
berechtigt nur eine ordnungsgemäß vollkommene abgekempfte Re-
schreibung des betreffenden Arbeitgebers zum Eintritte, wenn selbige
mit dem Vermerk „Gültig zur Wahl“ versehen ist.

Dresden, den 4. Februar 1912

Krankenkasse der Innung der Baumeister zu Dresden
Vorsitz: Herr Prof. Dr. G. Zimmermeister, Vorsitzender.

Variété Musenhalle.

Neu! neues Programm!
Gerhardt Erben. Gesamtspiel.
Eigensinnig! Urfunktionelle.
Sowie der normale Solistenteil.
H. v. Piel. Gade, die beste Kinderdarstellerin.
Vorspielkarten gültig.

Wer sich billig eine Badewanne

zuliegen will, der geht sofort in den
Inventur - Ausverkauf

des Badespezialgeschäfts Dresden, Wettinerstr. 16.
Alle denkbaren Artikel für Badewanne, vom Badewagen bis zum
Kesselschlappen, Schwimmanlage, Rückenbäder usw. usw.

Wir empfehlen:

In freien Stunden
Eine Hochschicht, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk
Anfang Januar begann der berühmte Roman
Germinial von Zola.
Preis des Heft 10 Pf.
Die Zeitungsträger der Volkzeitung nehmen Bestellungen
entgegen.
Vollständiger Band, Dresden, Große Zwingerstr.

Möbel in echt und modernisiert liegt man jetzt
direkt aus Wilsdruff vom
Genossen Hildebrand.
Eigene Fabrikationswerkstätten.

Magdeburger Pflaumen-Mus.
Get schmeckend! Nur in neuen Gefäßen!

Nr. 10 Pf. Esmalte-Eimer	M. 2.20
„ 10 „ Esmalte-Kochtopf	„ 2.40
„ 10 „ Esmalte-Ringtopf	„ 2.30
„ 10 „ Esmalte-Kassette	„ 2.40
„ 10 „ Esmalte-Kesseltopf	„ 2.50
„ 10 „ Esmalte-Eimer	„ 2.50
„ 10 „ Esmalte-Wanne	„ 4.10
„ 10 „ Esmalte-Eisenschüssel	„ 11.50
„ 10 „ Esmalte-Eisenschüssel	„ 7.40
„ 10 „ Esmalte-Schmortopf	„ 4.80
„ 10 „ Esmalte-Schmortopf	„ 7.50

Wirklich feiner Kunsthonig.
Nr. 10 Pf. Esmalte-Eimer M. 2.20
„ 10 „ Esmalte-Kochtopf „ 2.40
„ 10 „ Esmalte-Ringtopf „ 2.30
„ 10 „ Esmalte-Kassette „ 2.40
„ 10 „ Esmalte-Kesseltopf „ 2.50
„ 10 „ Esmalte-Eimer „ 2.50
„ 10 „ Esmalte-Wanne „ 4.10
„ 10 „ Esmalte-Eisenschüssel „ 11.50
„ 10 „ Esmalte-Eisenschüssel „ 7.40
„ 10 „ Esmalte-Schmortopf „ 4.80
„ 10 „ Esmalte-Schmortopf „ 7.50

Versand ab Magdeburg anfrankiert
gegen Nachnahme. Defekte frei.
E. Henkelmann, Magdeburg 32

Wir empfehlen
Paul Göhre
Die sächsische Volkschule
und ihre Reform
Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Vollständiger Band, Dresden, Große Zwingerstr.

Inventur - Ausverkauf

1. bis 10. Februar

10% Rabatt
auf alle Artikel

:: ausgenommen Carne sowie zurückgesetzte Artikel ::
ferner nochmals ein

Extra-Angebot in Strickwolle

enorm billig! In allen Farben enorm billig!

Rein netto **Inventur-Preisen** Rein netto

Altenburger	Brandenburger	Kleblatt
16. 4 fad Pfund nur M. 2.80 bisher Pfund M. 3.80	16. I 6 fad Pfund nur M. 2.70 bisher Pfund M. 3.80	18. II 4 fad Pfund nur M. 3.10 bisher Pfund M. 3.80
Schweißwolle „Fitzfrei“	Kamelhaarwolle S	Schmidtsche
nicht einlaufend u. flüchtig Pfund nur M. 3.75 bisher Pfund M. 4.50	Rein Kamelhaar Pfund nur M. 5.75 bisher Pfund M. 4.50	zu allen Preisen Pfund von M. 2.65 an

unter 1/2 Pfund wird zu diesen Preisen nicht verkauft!

Strumpfhaus Günther

vormalis Birkner
Dresden-A.
Ecke Seestr. — Breite Str. 2
Filiale: Wilsdruffer Straße 46.

Verlag Raden & Comp., Dresden-A.
Zwingerstraße 12/14

Heute erscheint:

Muß meinen vier Pfählen
E lebniße und Vlauderstunden mit meinen
Kindern. Für nachdenkliche Eltern und
Kinderfreunde erzählt von
Ernst Umlöb
(Heinrich Schulz)
100 Seiten 8° kart. Preis M. 1.25

Wo steckt Lehmann
und Strauch, gen. der Mühlstraße?

Günstige Gelegenheiten für
Cigarren
100 Stück
4 Pf. Cigarren 2.80 2.80 2.80
5 „ „ 3.40 3.40 3.80
6 „ „ 4.20 4.50 4.80
8 „ „ 5.40 5.80 6.80
10 „ „ 6.50 7. — 7.50
12 „ „ 8. — 8.50 9. —
Um jeden von der Preiswürdigkeit der Anbrüste zu überzeugen, senden Musterlisten von 100 Stück in 10 verschiedenen Sorten von je 10 Stück nach beliebigem Wahl zu Diensten.
Carl Strauchel, Lagerstraße 1 im
parl. — Sept. 1. 11
Dresden-A., Wettinerstr. 15d.
Der neu in dieser Restauration wird auch auf Wunsch gratis versandt.

Nur Gr. Brüderg. 10, II.
neben Restaurant Wobbe
laufen Sie gute herrschaftliche
wenig getragene wie auch neue
Herren-, Damen- u. Kinder-
gardecapts zu billigen Preisen.

Uhrenreinigen
1 M., Feder 75 Pf.
H. Löffler
50 Wettiner-
straße 50.

Schürzen
größte Auswahl, am billigsten
Wettinerstr. 24, Paul Henkel.

Aufwaschbank
verfübar
für Kinder und
Erwachsene
M. 1.00
Preiswert

**Herren- und Frauen-
Garderoben - Kaufhaus**
Seestraße 13, 1. Etg.
Inh.: Karl Kretsch
Ebestal. Geschäft für nur
moderne
Herren- u. Frauen-Garderoben
In jeder Preisstufe
neu getragen
Stracks, Gehrock, Anzüge,
Emptlinge, Juchender,
Klapphüte
werden billigst vertrieben.

Frauen
werden zum Wäscheputzen an-
gesehen. Stundenlohn 25—30 Pf.
parant. Bei Anschaffung einer Re-
schne 5 Jahre schriftl. Garant. für
Leidete, hand. Douararbeit. Keine
Kundenachime. Auch ausw. Arbeit.
Kostenfrei. Anzahlung 30 M. Aus-
kunft bereitwillig. Strumpfhaut.
P. Krause. Gerolstorfer Str. 54.
Filiale Kollnstraße Nr. 7.

78-doppel-
Büge
Concertina
gef. Off. erb. P. 100 Exp. d. Pl.

Kokos-Flocken
Selbmanns Filialen

Frauen
gebrauchen bei Störungen
Perioden - Pulver
Schachtel à 2.50 M. Prospekte gratis.
Frau Hennig, Au See 24.

Schuhwaren!
Orren- und Tantenstiel
5.75 M.
Wachbleichstr. 2 b.

In der Nähe von Dresden ist
ein ausgezeichnetes Produktien-
geschäft mit Neblschokolade
preiswert zu vert. Gef. Offerten
bitte man unter N. 10. in der
Gewd. dieser Zeitung niederlegen.

Strickmaschine
zu kaufen gesucht. Offerten unter
A. N. an die Exped. d. Bg. erb.
Schriftlicher Nebenvertrieb
durch Anton Mayer, Adolf i. S.

Sächsische Angelegenheiten.

Nationalliberaler Tanz um das Volksschulgesetz.

Bei der Beratung des neuen Volksschulgesetzes wird sehr viel von der Haltung der Nationalliberalen abhängen. Können diese sich wenigstens für die Reformen im Volksschulwesen entschließen einzutreten, die die Lehrer fordern, würden sie bei den Sozialdemokraten sicher tatkräftige Unterstützung finden. Dann wäre in der Zweiten Kammer eine Mehrheit für eine fortschrittliche Reform vorhanden, die sich auch im Kampfe gegen die Konservativen leicht behaupten könnte. Unter solchen Umständen ist es interessant, festzustellen, wie sich die Nationalliberalen jetzt zum neuen Volksschulgesetz stellen. Wir haben allerdings bereits die von der nationalliberalen Schulkommission ausgehenden Vorläufe veröffentlicht. Darin wird unter anderem über die Konfessionsfrage ein Urteil gefällt, das die nationalliberale Landtagsfraktion diese Vorläufe, insbesondere die über die allgemeine Volksschule, zu eigen macht, ist noch ungewiss, wenn auch die Meinung etwas für sich hat, daß die Vorläufe erst dann veröffentlicht werden dürfen, nachdem festgestellt wurde, daß eine Mehrheit dafür in der nationalliberalen Fraktion vorhanden ist. Inzwischen hat sich der Vorsitzende dieser Fraktion, Herr Götter, sowohl in den Leipziger Neuesten Nachrichten wie im Dresdner Anzeiger über die Volksschulreform geäußert. Wenn er dabei auch betont, nur seiner persönlichen Meinung Ausdruck geben zu können, kann man doch annehmen, daß es gleichzeitig die der nationalliberalen Fraktionsmehrheit ist.

Das Ziel der Volksschulbildung darf nicht eine Anbahnung von möglichst viel Wissen sein, vielmehr eine harmonische Ausbildung des ganzen Menschen zum sittlich geläuterten Charakter. Hierzu muß die Selbstständigkeit im Denken und die Anschauungsfähigkeit am Handeln entwickelt werden. Welche Mittel hierzu am geeignetsten sind, ist von den Pädagogen zu entscheiden. Das Gesetz muß den Rahmen festlegen, in dem die Pädagogen ihr Werk zu verrichten haben, es darf aber diesen Rahmen nicht so eng gestalten, daß die Grundsätze der gerade in der neueren Zeit so häufig entwickelten pädagogischen Wissenschaft nicht verwendet werden können.

Laß auf diesen Grundlagen für jeden einzelnen Schüler eine möglichst hohe, in sich abgeschlossene Bildung erreicht werden muß, sollte seiner Begabung bedürfen. Aber leider begegnet man noch oft und zu der Verwunderung, daß weder Industrie noch Landwirtschaft ein Interesse an einer hochwertigen Volksschulbildung haben, daß durch sie nur die Ansprüche der Arbeiterschaft, nicht aber auch ihre Leistungen erhöht werden. Dem kann gar nicht nachdrücklich genug entgegen gesetzt werden. Die rein mechanischen Arbeiten können immer mehr durch Maschinen bewältigt werden. Jeder anderen Arbeit gerecht aber eine gute allgemeine Ausbildung des Arbeiters, seine bessere Denkfähigkeit und Gewandtheit, zum Vorteil; je mehr unsere Industrie an Qualität der Arbeit gezwungen ist, je größerer Interesse hat sie an gut ausgebildeten Arbeitern, je intensiver die Arbeiterschaft arbeiten muß, desto weniger kann sie sich auf ungeschulte Arbeiter verlassen. Auf die hohe Bedeutung einer guten Volksschulbildung für Herr und Knecht ist hier nur hingewiesen worden.

Es hat das gesamte Volk ein außerordentlich hohes Interesse an einer vorzüglichen Gestaltung unserer gesamten Volksschulbildung, und die Mittel, die dazu verwendet werden, sind nicht nur nicht vergraben, sie bilden geradezu eine hervorragende Kapitalanlage. Notwendige Reformen soll man deshalb nicht wegen der Höhe der Kosten scheitern lassen. Trotzdem darf die Rücksicht auf die Finanzen des Staates und der Gemeinden nicht beseitigt werden. Sie wird vor allem für die Durchführung der Reformen maßgebend sein müssen.

Wollte man den hier für eine gute und gesunde Regelung unserer Volksschulbildung gegebenen Vorschlag an den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, so wird man nicht voll befriedigt sein können. So manche wichtigen Wünsche sind unberücksichtigt geblieben, es kann auch nicht übersehen werden, daß die Absicht war und sich auf alle Gebiete erstreckende Entwicklung unserer gesamten Volksschulbildung in den Fortschritten, die uns der Entwurf bringt, voll zum Ausdruck gelangt, ja es entspricht der zweiten, ob der Zeit genügt, den die Staatsregierung gegangen ist, wenn sie an allen Grundlagen des jetzigen Gesetzes festgehalten und sie nur im einzelnen auszubauen und fortzuentwickeln versucht hat. Sie hat sich im wesentlichen an die Beschlüsse der Zweiten Kammer vom 19. Januar 1909 gehalten. Aber schon in diesen waren so manche alte Wünsche zurückgestellt und in manchen Fragen haben die Bestimmungen ungenügend geklärt. Es kann deshalb mit Sicherheit vorhergesagt werden, daß aus der Mitte der Zweiten Kammer eine große Anzahl von Anfragen auch in wichtigen, grundlegenden Fragen kommen werden, und es ist zu hoffen, daß sich das königliche Kultusministerium nicht nur nicht ablehnen verhalten wird, sondern es ihm auch gelingt, mit der Kammer zusammen den Entwurf so auszugestalten, daß er nicht nur die Zustimmung aller beteiligten Parteien erhält, sondern auch als ein Markstein in der Fortentwicklung unserer Sachverständigen zu gelten hat.

Das mag sich leidlich anhören, wenn's gut vorgelesen wird; aber ein Wille zum Kampfe um ein besseres Volksschulgesetz spricht aus diesen Zeilen nicht. Ohne starken, entscheidenden Kampf ist aber nichts zu erreichen. Ein schmachvoller Augenwinkler zum Kultusminister tut's nicht. Wer für die Volksschulen etwas herausholen will, muß zum Kampfe mit der Regierung und der Ersten Kammer rufen, der muß dem Volk auch bereit sein, das Volk gegen die Volksschulreform aufzurufen. Aber davon sind ja die Nationalliberalen weit entfernt, die selbst nichts mehr fürchten als ein Volk mit freier Willen und fortschrittlichen Forderungen.

Im Dresdner Anzeiger äußert sich nun Götter nicht so allgemein; er läßt sich vielmehr über bestimmte Fragen aus. Zunächst wirt er die Frage auf, welches sind die wesentlichsten Streitfragen, und läßt hierzu aus:

Das jetzige Gesetz beruht in der Hauptsache auf drei Prinzipien: 1. Die Schule ist eine Anstalt für sich, sie ist selbständig, und sie unterliegt deshalb dem Staate und den ihm unterstehenden selbständigen öffentlichen Verwaltungen. 2. Die Schule ist eine konfessionelle Anstalt; es gibt deshalb Schulen der konfessionellen Mehrheit und der konfessionellen Minderheit, es gibt dagegen keine konfessionslosen Schulen und erst recht keine religionslosen Schulen. 3. Die Volksschule ist dreifach geteilt, es gibt einfache, mittlere und höhere Volksschulen.

Grundsätzlich des ersten Punktes betont Götter, es ließe der Entwurf nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer aus dem Jahre 1909 zurück, denn es sei die darin ausgesprochene Forderung nicht erfüllt worden, die Schulpflege und Schulunterhaltung der politischen Gemeinde zu überweisen.

Sodann tritt Götter im wesentlichen für eine vorherrschende evangelische Konfessionschule ein, bemerkt jedoch dazu:

Die Art des Religionsunterrichts, über die jetzt so viel gestritten wird, ist nicht vom Gesetz zu bestimmen, vielmehr, wie in der Regierungsabgeordneter richtig gesagt ist, im Lehrplan. Ich hege keinen Zweifel, daß hier künftig die pädagogischen Grundsätze und Erfahrungen maßgebend sein werden. Daß dabei die Kirche zu ihrem Rechte kommt, dafür sorgen die bestehenden, vom Staate nicht einseitig abzuändernden Gesetze.

Das ist ein echt nationalliberales Trägerfunktionsfähiges. Pädagogische Grundsätze und Erfahrungen sollen künftig im Religionsunterricht maßgebend sein, doch soll auch die Kirche zu ihrem Rechte kommen. Selbst ein Religionsunterricht, der nach den Zwaidauer Theilen des Lehrplans erteilt würde, könnte nur im Kampfe gegen die Kirche erreicht werden. Wie Götter den Religionsunterricht reformieren und dann die Rechte der Kirche wahren will, bleibt ein Geheimnis. Es geht aber eins mit Sicherheit daraus hervor: die Nationalliberalen denken nicht im entferntesten daran, für einen Religionsunterricht im Sinne der Lehrerforderungen einzutreten.

zur Frage der Einheitschule übergehend, führt Götter sodann weiter aus:

Bei der Forderung, ob die von der Lehrerchaft geforderte „allgemeine Schule“ gesetzlich eingeführt werden, d. h. ob bestimmt werden soll, daß von einer Schulgemeinde nur eine Art der Volksschule gehalten werden darf, ist zu betonen, daß in allen kleineren Gemeinden überhaupt nur eine Schule bestehen kann, daß also Bedeutung nur für die mittleren und großen Gemeinden hat. Tatsächlich gibt es jetzt nur wenige Schulgemeinden mit einfachen und mittleren Volksschulen. In Dresden z. B. sind sowohl die Bezirks- als auch die Bürgerhäuser mit mehreren Schulen im Sinne des Gesetzes. Die Regierung hat mehrere Maßregeln in den Entwurf aufgenommen, die auf die Einführung der allgemeinen Volksschule durch die einzelnen Schulgemeinden hinwirken, sie will aber die Gemeindeautonomie in diesem Punkte nicht einschränken. Nachdem aber Bayern mit seiner allgemeinen Volksschule geradezu glänzende Erfolge erzielt hat, dürfte Sachverständigen um so mehr zuzustimmen sein, als es nur auf diesem Wege möglich ist, den für alle Schulen auch die höheren, so notwendigen gemeinsamen Unterricht zu schaffen.

Das Ideal, alle sächsischen Schulen möglichst auf das Niveau der mittleren Volksschule zu heben, dürfte mit Rücksicht auf die für viele Gemeinden unerschwinglichen Kosten nicht so bald zu erreichen sein. Es ist aber hoch anzuerkennen, daß die Regierung eine Reihe von Bestimmungen aufgenommen hat, die geeignet sind, gerade die Schulen in kleineren Orten zu heben. Ich nenne hier nur die Verabminderung der in einer Klasse und von einem Lehrer zu unterrichtenden Schülerzahl, möchte auch auf die Bestimmungen über die Behandlung schwach begabter Kinder hinweisen.

Wie viel gutem Willen ist es schließlich möglich, aus diesen Sätzen ein wenig Sympathie für die allgemeine Volksschule herauszulesen, mehr aber auch nicht. Das Drumherumgerede zeigt deutlich, wie unsicher sich die Nationalliberalen in der Frage der allgemeinen Volksschule fühlen und wie wenig Verlaß in diesem entscheidenden Punkte auf sie ist.

Aus alledem ergibt sich, daß die Nationalliberalen weit davon entfernt sind, entschieden für eine fortschrittliche Volksschulreform einzutreten. Sie haben unter sich Schulreformäre, die mit jedem Konservativen mitlernen können. Die übrigen aber, mögen sie jetzt auch in der Mehrheit sein, bringen ihre Wünsche so zaghaft vor, daß man voraussetzt, daß die Nationalliberalen schon bei dem ersten Zusammenstoß mit der Regierung bei den Verhandlungen über die Volksschulreform ebenfalls zaghaft zurückweichen werden, wie das bei anderer Gelegenheit schon mehr als zehnmal zu beobachten war.

Wünschen und Volksschulreform.

Der Monistenbund hat in einer Petition an die Zweite Kammer das Ersuchen gerichtet, in einem neuen Volksschulgesetz zu bestimmen, daß an Stelle eines konfessionsmäßigen Religionsunterrichts, dessen Erteilung fortan den einzelnen Religionsgesellschaften überlassen bleibt, ein konfessionsfreier Moralunterricht trete. Sollte diesem Antrage nicht stattgegeben werden, so wird an zweiter Stelle gebeten, folgende Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen zu wollen: 1. Die Erziehungsberechtigten dürfen ihre Kinder oder Pflegekinder auch am Religionsunterricht einer anderen Konfession als der ihrer Eltern teilnehmen lassen; 2. Kinder von Dissidenten haben entweder am Religionsunterricht einer anerkannten oder befähigten Religionsgesellschaft oder an einem staatlich genehmigten Moralunterricht teilzunehmen.

§ 22 der sächsischen Verfassungsurkunde gewährt die allgemeine Gewissensfreiheit. Darin ist notwendig inbegriffen die Freiheit, seine Kinder in seinem Glauben zu erziehen. Die Eltern zwingen, das Kind einem anderen Glauben zuzuführen, es von einem Fremden ihrem Glauben und damit ihren selbst entfremden zu lassen, sei eine grausame Härte. Grausam für die Eltern, weil es sie vor die Wahl stellt, entweder ihr Inneres vor dem Kinde zu verleugnen oder den Frieden der Kindesseele durch Befähigung der Zwangsreligion zu zerstören. Grausam für das Kind, weil es sich im Zwiespalt zwischen Jenseit und der Religion des Elternhauses vor unbegreiflichen Gegensätzen sieht, die es um so weniger zu lösen vermag, je größerer Autorität sie die und dort vertreten werden, und weil es eben darum jenes stillen Haltens entbehren muß, den ihm zu geben die beiden gegensätzlichen Lehren bezwecken.

Diese Grausamkeit begehe das geltende Volksschulgesetz gegenüber Dissidenten und ihren Kindern. In dem Entwurf, damit dem Volke die Religion erhalten zu können, nötige der Staat unter Androhung von Strafe dissidentische Eltern, ihre Kinder am Religionsunterrichte einer anerkannten Eltern, ihre Kinder am Religionsunterrichte einer anerkannten Eltern, ihre Kinder ihre Überzeugung vergeblich Eltern sei weit größer als die Zahl der ins Dissidentenregister eingetragen, denn die in der Verfassungsurkunde gewährte Gewissensfreiheit sei gesellschaftlich ebenso wie in Staats-, Selbst- und Militärverwaltung so wenig vorhanden, daß zahlreiche Personen es aus gesellschaftlichen und anderen Gründen vorziehen, in einer Religionsgesellschaft zu verbleiben, der sie innerlich durchaus fremd geworden sind. Die Bestimmung des Volksschulgesetzes verstoße nicht nur gegen die Willkür, sondern auch gegen den verfassungsrechtlichen Grundsatz der

Gewissensfreiheit. Die Petenten wünschen keineswegs, ihren Kindern jegliche sittlich-religiöse Erziehung entbehren zu lassen. Sittlichkeit und Religiosität sind nicht gebunden an den Glauben an einen persönlichen Gott. Die ethischen Grundlagen auch der monistischen Weltanschauung sind tief religiös. Erteilung konfessionellen Religionsunterrichts ist Aufgabe nicht der Schule, sondern der Kirche. Kirche und Schule müssen aber streng getrennt gehalten werden. Der konfessionsfreie Moralunterricht sei aber durchaus nichts gänzlich Neues, bestehe vielmehr schon in Hessen, Baden und Württemberg. In Bayern ist er erst kürzlich ausdrücklich staatlich genehmigt worden.

Ein verlorener Freisinniger.

Vor der Strafkammer des Landgerichts in Bautzen wurde der Maschinenmeister Sommer aus Ostrow wegen schwerer Diebstahls zu der gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sommer war ein im politischen Leben bekannter Mann, der am liebsten jeden Sozialdemokraten mit Haut und Haaren verzeiht hätte. Als langjähriger Vertrauensmann der Freisinnigen Volkspartei leitete er die öffentlichen Versammlungen. Er wurde Stadtverordneter in Ostrow, Schul- und Kirchenvorstandsmittglied und Vorstand eines Kinderheims. Jetzt mußte er vom Schauplatz der öffentlichen Tätigkeit abtreten, weil er seit langer Zeit fortgesetzt Geldbeträge bei seiner Firma, der Seidenweberei von Henmann in Ostrow, ausgelehrt hatte. Seit 30 Jahren war er bei dieser Firma tätig und genoss großes Vertrauen. Als die Diebstehereien bemerkt wurden, hatte man ganz naturgemäß auf Sommer keinen Verdacht. Andere Angestellte, die verdächtigt wurden, legten sich darum auf die Lauer und erwiderten ihm, als er sich abermals am Geldschrank zu schaffen machte. Sommer hatte im vorigen Sommer einen Schlüssel des Geldschrankes zur Reparatur erhalten und sich nach diesem einen zweiten angefertigt. Das Vorwissen wurde von allen Beteiligten, auch der Firma selbst, sehr geheimgehalten. Die Bautzener Volkszeitung und das Ostrower Lokalblatt brachten die Sache aber schließlich doch an das Tageslicht, nachdem auch bekannt wurde, daß Sommer von seiner Firma entlassen werden sollte. Nur die Bautzener Morgenzeitung bewachte eifriges Schweigen, wenn sie sich auch sonst dazu aufrafft, Vergehen sozialdemokratischer Sünder in der marktschreierlichste Form bis ins kleinste Detail ihren Lesern zu unterbreiten. Sommer fand die merkwürdige Vergründung für seine Tat, die Sorge um die Zukunft habe ihn geleiht. Von seinem Posten als Stadtverordneter trat er Mitte Januar d. J. freiwillig zurück. Er trübe das dem Ostrower Stadtverordnetenkollegium vorliegend mit den Worten mit: „Mit beengtem Herzen teile ich dem Stadtverordnetenkollegium mit, daß ich mein Amt als Stadtverordneter, das ich so viele Jahre bejaht, niederlege. Gott ist mein Trost, daß ich der Stadt treu und nützlich gewesen bin.“ — Seiner Partei dürfte Sommer allerdings mit seinem Borgehen einen schlechten Dienst erwiesen haben. Er hatte ein Jahreseinkommen von 2500 M. und erzielt noch alljährlich seine Weihnachtsgewinn.

wegen die Arbeiter-Sparvereine.

ist wieder einmal in Sachen der kurz geticht. Die Verwaltungsbehörden verlangen die und da in neuerer Zeit von diesen Vereinen Mitgliedsbeiträge, die einzuzahlen unpolitische Vereine nach dem Vereinsgesetz gar keine Verpflichtung haben. Da die Behandlung einer derartigen Angelegenheit durch die Verwaltungsbehörde des Chemnitz Landgerichts mehr als interessant. Der Verhandlung lag folgendes Tatsachenmaterial vor. Die Umstuhlungsmannschaft Wittenberg hatte vom Kabfahrerverein Vorwärts in Wittenberg das Mitgliedsverzeichnis verlangt. Der Vorsitzende, Genosse B., verweigerte das. Er erhielt deshalb ein Strafmandat. Dagegen wandte er sich mit dem Antrage auf gerichtliche Aufhebung und das Landgericht Wittenberg erkannte auf Grund des Urgebisses der Weisungsaufnahme auf Freisprechung und hob das Strafmandat auf. Diese Entscheidung gelte aber dem öffentlichen Ankläger nicht und er wandte sich dagegen mit der Berufung, die nun vor der 4. Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts verhandelt wurde.

Der Verein zählt 15 Mitglieder und gehört dem Arbeiter-Kabfahrerbund Solidarität an, dessen Statuten auch für den Verein gelten. Diese wurden verlesen. Die bekannten Bestrebungen des Bundes, unter der Arbeiterschaft den Nachbarschaft zu fördern und seine Mitglieder in Unfällen zu unterstützen, waren darauf zu erkennen, sonst aber nichts, was gerügt erscheinen konnte, den Verein resp. den Bund als eine Vereinigung erkennen zu lassen, die sich mit Politik beschäftigt. Der Antrage sollte jedwede Unterlage. Der Staatsanwalt bemerkte nun, daß nicht jeder Arbeiter in den Vereinen und in dem Bund Aufnahme finde, konnte aber nicht sagen, welche andere Erfordernisse bei der Aufnahme der Mitglieder verlangt würden, als in den Statuten enthalten sind. Nach Lage der Sache hätte nun die unbedingte Berufung verworfen werden müssen. Da regte aber der Vorsitzende die Verhandlung der Verhandlung an, jenseits Vorname von Wiedererlangen, was dem eigentlich der Kabfahrerbund die (1). Nun kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger, Genosse B. Karisch. Dieser meinte, daß es doch nicht anständig sei, daß das Gericht erst nach Antragsmaterial verfolge; auf Grund des vorhandenen Verweismaterials sei das Urteil zu fällen. Der Vorsitzende bemerkte hierauf, er müsse sich verbiten, daß gesagt werde, das Gericht wolle sich mit Antragsmaterial befassen; das Gericht habe aber die Verpflichtung Verweismaterial herbeizuführen. Die Verhandlung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. — Bei Fortsetzung der Verhandlung wird sich's so zeigen, welcher Art das vom Gericht herbeizugewogene Verweismaterial ist.

Keine Änderung des Feuerbestattungsgesetzes.

Vor kurzem lag der Zweiten Kammer ein Antrag Döhlers vor, der eine Reform des Feuerbestattungsgesetzes forderte, wobei auch von sozialdemokratischer Seite Forderungen dazu geltend gemacht wurden. Die Angelegenheit wurde der Belegungsdeputation überwiesen. Nachdem die Regierung eine Änderung des Gesetzes wegen seiner noch kurzen Geltungsdauer zurzeit abgelehnt, aber zugestanden hat, die Zahl der Bezirke, die für die Aufstellung des Todesattestates zuständig sein sollen, auf dem Wege der Änderung der Ausführungsverordnung erheblich zu vermehren, hat sich die Deputation damit zunächst beruhigt. Sie schlägt aber weiterhin der Kammer vor, die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Feuerbestattung vom 29. Mai 1906 vorzulegen, in

Partelangelegenheiten.

Über tatsächliche und prinzipielle Parteifragen

Blattsticker man am Donnerstagabend in Halle in einer Halle besuchten Mitgliederbeisammnung im Volkspark. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Abgeordneten Heinrich Albert über das Thema: Was lehren uns die Reichstagswahlen? wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der man ersuchte, an den oben erwähnten Parteigründungen festzuhalten und, wie 4. B. bei der Präsidentenwahl, die Verpflichtung zu höchsten Ehrenämtern Kritik abzugeben. Ferner beantragte sich die Versammlung in einer ausgedehnten sachlichen Diskussion mit dem Parteivorstand über die Besetzung des Parteivorstandes in Berlin und den Parteimitgliedern. Die meisten Redner waren dem Abkommen nicht sehr erbaulich und meinten, der Parteivorstand habe den Parteimitgliedern ein zu weitgehendes Eingeständnis gemacht; es sei notwendig, daß über die Sache Klarheit geschaffen, geklärt und gelichtet werde. Einige Redner erklärten jedoch an, daß unter Parteivorstand bei dem Abkommen sehr geschickt operiert habe und Anerkennung verdiene.

1000 W. Geldstrafe.

Der verantwortliche Redakteur des Volksblattes, Henrich Kasper, wurde zu obiger Geldstrafe verurteilt, weil er einen Richter in Preußen aus Anlaß eines Streifenprozesses beleidigt haben soll. Der Richter, ein Mitglied des Reichsoberlandes, hatte die Aussagen nach ihrer politischen Parteilichkeit geprüft. Darin erklärte Kasper dem Richter für die Vorurteilhaftigkeit des Richters. — Der Staatsanwalt hielt die Urteilsurteile für schwer beleidigend, daß er 1000 W. Geldstrafe beantragte, das Gericht erklärte dann auf die oben mitgeteilte Strafe.

Gleichmüßigkeit zum Wahlsieg.

Aus Berlin ist dem Parteivorstand nach folgender Gleichmüßigkeit der dortigen Genossen zugegangen: Die meisten der sozialistische Partei gratuliert der deutschen sozialdemokratischen Partei zu ihrem Siege bei den Reichstagswahlen herab. Der Sieg ist nicht nur ein Sieg für die deutsche Sozialdemokratie, sondern für den internationalen Sozialismus und für die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit. Ihr Zuspruch, der ihr mit so vieler Geduld und Energie gearbeitet habt, ist ein euer Werk gekrönt und läßt sich ermutigt dadurch die sozialistische Partei der anderen Länder; und besonders eine so schwache und kleine Partei wie die unsere Landes braucht Ermunterung und ein großes Beispiel. Heute begrüßten wir euch zu eurem Teufel. Wir hoffen, euch bald zu eurem vollständigen Triumph begrüßen zu können. Das Parteivorstand der internationalen sozialistischen Partei.

Gerichtszeitung.

Schwabenergericht

Verurteilung. Der Kaufmann Oskar Wolpert wurde heute nach seiner Konfession als Hehler die Verurteilung seiner Tätigkeit. Nach dem Urteil über die Verurteilung in der Carl Braunsburg und hat in der Verurteilung in der Carl Braunsburg und hat in der Verurteilung in der Carl Braunsburg...

Jugendgericht

Ein unmündiges Mädchen war ein 13jähriger Automatenführer, der während seiner Beschäftigung einen ebenfalls unmündigen Knaben kennen lernte. Sie gingen zusammen am 21. Januar nach der Verurteilung von dem Knaben Knaben, der sah dabei in dem Parteivorstand des anderen ein neues Verbrechen und behauptete, es sei ein Fall des 4. B. in der Hand hat, sich er selbst für einen Fall des 4. B. in der Hand hat, sich er selbst für einen Fall des 4. B. in der Hand hat...

Schiffengericht.

Verhör des Kapitän. In dem Dampferhändler Paul Max Eugen Müller in Dresden wurde am 24. Oktober eine 14jährige Auswanderung um die Herrschaft ein Schiff für 80 Pfennig zu holen. Die Frau beanspruchte die Mutter und schickte sie zurück. Müller nahm sie nicht wieder und weigerte sich die 80 Pfennig herauszugeben. Als das Mädchen sie trotz dem zurück, schob er es zur Landseite hinaus und legte ihm die Mutter auf den Arm. Sie fiel herab und blieb auf der Stufe liegen. Die Besatzung, der die Mutter schickte und schickte, schickte nun ein anderes Mädchen in den Laden, um abermals ein Schiff zu holen. Das Mädchen sollte aber ausdrücklich gute Mutter verlangen. Er machte die Verkäuferin darauf aufmerksam, daß sie die Mutter im Laden halten müsse; er nehme sie nicht wieder zurück. Das Mädchen nahm nun die Mutter mit und die Frau übergab sie der Wohlfahrtspolizei. Diese entnahm dann nach einer Probe und sie kam mit seiner Ehefrau wegen Verkauf verborbener Butter unter Anklage. Der als Sachverständiger benannte Direktor der Chemischen Untersuchungsanstalt der Stadt Dresden Professor Dr. Venthin, hat bei beiden Proben einleuchtend nachgewiesen Geruch und Geschmack festgestellt. Die Butter sei als Zink- oder Zinnbutter zu bezeichnen, als Zinkbutter ist allerdings nicht zu erweisen; man müsse Geruch und Geschmack entscheiden lassen. Beide mit abgekümpften Geruch- und Geschmacksmitteln nicht scharf gegen die Butter einwenden. Es handelt sich um Schmierbutter die der Angeklagte am 13. Oktober erhalten hat. Sie hat die am 24. Oktober ihre normale Beschaffenheit verloren, weil sie sich am Schiff nicht so lange hält wie andere Butter, und weil sie der Angeklagte noch falsch aufbewahrt. Er und seine Ehefrau wurden mangels Nachweis des rechtswidrigen Bewußtseins freigesprochen.

Als gemeingefährlich betrachtet das Gericht einen Diebstahl, den die Arbeiter Nummer und Propp gemeinschaftlich verübt haben. Der Propp entließ sich vor der Verurteilung eines Kaufmanns einen dort angeklagten Schützen mit Kaliber. Propp beland sich dabei, erholte oder früher selbst Anklage gegen Nummer. Dieser beland sich bei der Verurteilung der Schützen und die Kaliber daneben behalten zu lassen. Er stand aber seinen Klagen und wird zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Obwohl der Verdacht besteht, daß Propp zunächst gemeinsame Sache mit Nummer gemacht hat und die Anklage nur später aus Neugier erhob, wurde er freigesprochen.

Nenes aus aller Welt.

Ein Eisenbahndiebstahl gestiftet.

Berlin, 4. Februar. Im Unterholz bei Memm ist vor einigen Tagen der Ingenieur Emil Tagelberg aus Berlin wegen Diebstahls des Diebstahls verurteilt worden. Die Nachforschungen der Berliner Kriminalpolizei haben ergeben, daß dieser Diebstahl bekannt begründet ist Tagelberg, der in einem Vorort Berlins mit Frau und Kindern wohnt, führt anstehend ein harmonisches Familienglück. In Wirklichkeit ist er jedoch ein Eisenbahndiebstahl der schlauesten Art. Er hat Tagelberg die Erlaubnis erteilt, die Eisenbahnen für 20000 W. Schmalzschichten zu kontrollieren. Der Verdacht lag auf die Auffindung der Schmalzschichten eine große Belohnung aus. Tagelberg besah die große Frechheit, den Versuch zu machen, auch diese Belohnung nach zu bekommen, und teilte zu diesem Zweck nach Unterholz aus er von seinem Schicksal ereilt und entlarvt wurde. Seine Angehörigen sind durch die furchtbaren Entstellungen vollständig niedergedrückt.

Kennzeichen auf einen Reichstagskandidaten.

Breslau, 3. Februar. Auf dem bei der Reichstagswahl in Breslau kandidierenden polnischen Kandidaten Piarecki wurde ein Kennzeichen verurteilt. Ein Wahlzettelträger sah mit einem Kuchlein auf ihm. Die Regel durchschloß das Kennzeichen des Piarecki.

Recherchen.

Kopenhagen, 4. Februar. Die Wellengedächte Hutteroffenrie wurde durch einen Brand in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag völlig zerstört. Das Feuer ist jetzt gestillt, dürfte aber im Inneren noch mehrere Tage andauern. Der verheerende Brand schädigte auf zwei Millionen Kronen geschätzt.

Recherchen über die Polarisierung.

Kopenhagen, 4. Februar. In Skandinavien herrscht große Kälte. In Drammen zeigt das Thermometer in der letzten Nacht 45 Grad Celsius. In Christiania in Schweden 45 Grad und in Helsingfors in Finnland 45 Grad Celsius. Eine so niedrige Temperatur ist in Drammen seit 10 Jahren nicht mehr beobachtet worden.

Engländer in Hannover.

Hannover, 4. Februar. Während der Wanderei im Durchzug wurde unterstellt ein Schwabengeneral. Fürst Mann durch den Besatzung: zwei davon sind gestorben.

Ein Giftmord.

Paris, 4. Februar. Der Schneider Franz Reichel wollte heute für die Wahl bestimmtes Goldschmelzgeräten erproben und besaß von der ersten Phase der Giftmord. Der Goldschmelzgeräten der Reichel ist aber nicht in Tätigkeit. Reichel hat ab dem nach Aufbruch und viele weitere; er war auf der Straße. Der Vermögensverlust war beträchtlich und junggeblutet.

Ein Todesfall.

Paris, 4. Februar. Im dem Todesfall des Schneiders Reichel wird berichtet, die Polarisierung habe Reichel lediglich die Erlaubnis erteilt, seinen Goldschmelzgeräten mit einer Kuppe vorzunehmen. Seine Freunde rieten ihm wegen der harten Arbeit, sein Experiment zu unterlassen. Aber Reichel war von der Wichtigkeit seiner Entdeckung so überzeugt, daß er die Warnungen nicht beachtete.

Schwerer Diebstahl.

Paris, 4. Februar. Der französische Diebsteiger, Künstlerhauptmann Olivier le Magret wurde bei einem Diebstahl in der Rue de Valenciennes von St. Germain und erlitt außer anderen schweren Verletzungen einen komplizierten Schädelbruch. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Verurteilung.

Verurteilung, 4. Februar. Der Algerier Kapitän Demogue, der gestern beim Abzug mit seinem Neoplan schwer verletzt wurde, ist gestorben.

Größe Feuerbrand in Paris.

Paris, 4. Februar. Eine große Feuerbrand, die leicht schwere Folgen hätte zeitigen können, brach gestern in der Rue du Temple in einem Gassenhause aus. Zwei im Alter von 14 und 16 Jahren lebende Lehrlinge waren damit beschäftigt, ihr Unbehagen einzuschreiben, als einer von ihnen durch einen unglücklichen Zufall eine Petroleumlampe umstieß. Es entstand sofort ein großer Brand, der sich schnell ausbreitete. Die Tochter des Verheerers der Gassenhause geriet. Auch eine ledigjährige Frau, die gerade in der Gasse war, wurde unter fünfzig Verbrennungen geriet. Auch eine ledigjährige Frau, die gerade in der Gasse war, wurde unter fünfzig Verbrennungen geriet. Auch eine ledigjährige Frau, die gerade in der Gasse war, wurde unter fünfzig Verbrennungen geriet.

Ein Bürgermeister als Mörder.

Tafel, 4. Februar. Der Bürgermeister von Nole Kremler, Casimiro, eroberte aus Eifersucht nach seiner jungen Frau, sein kleines Kind und seinen Schwiegervater. Der Mörder wurde verurteilt.

Brand eines Dampfers auf hoher See.

Newport, 4. Februar. Der englische Dampfer Constole, von Gales nach Hamburg unterwegs, geriet 25 Meilen von der Insel Waddles (Strigeln) in Brand. Man nimmt an, daß sich der Kapitän

und die Mannschaft auf einem anderen Dampfer gerettet haben. Zwei Lampen nahen den Constole in Schlepptau und versuchten ihn nach Hampton Roads zu bringen. Der Versuch scheint jedoch mißlungen zu sein denn die letzten Meldungen besagen, daß die Flammen bereits aus allen Lüken des Constole schlagen.

Erstrafen.

Toball, 3. Februar. Während der letzten zwei Tage sind in Schweden 18 Menschen und sieben Pferde erstrafen. 30 Personen sind durch einen Schneesturm verunglückt worden. Ihre Ausgrabung ist im Angriff genommen worden.

Wahlverteilung. Folgende Reichstagswahl-Commislisten wurden abgeleitet: Nr. 5815 12.75 W. 655 7.00. 658 8.20. 1991 8.50. 1992 leer. 3017 8.00. 3018 7.00. 3701 4.65. 3715 8.00. 3716 leer. 3751 8.50. 3760 8.50. 3749 9.10. 3753 7.10. 3660 leer. 3834 2.50. 3835 1.70. 3755 leer. 3152 4.55. 3744 6.70. 2303 6.10. 3741 4.00. 3749 2.65. 2316 2.10. 1927 8.30. 1928 leer. 1983 4.50. 1984 4.00. 2959 5.55. 2960 leer. 1301 leer. 1302 1.00. 5731 6.20. 2902 10.20. 3133 6.85. 3281 9.55. 2092 8.00. 3500 0.80. 3501 4.80. 2423 11.25. 2424 leer. 3423 8.00. 3424 2.00.

Victoria-Salon
Das neue brillante Februar-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.
Im Tunnel: Die lustigen Hamburger.
Anfang 1/8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Parteienossen! Welche Nummer der Zeitung bitten wir nicht weiterzugeben, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Partei-genossen für sein Parteileben zu werben.

Parteienossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Internationale Bibliothek.

1	Avering, Die Darwinische Theorie.	2.00
2	Kautsky, Marx' ökonomische Lehren.	2.00
3	Kautsky, Die soziale Arbeit.	2.00
4	Kautsky, Thomas More. 2. Auflage.	3.00
5	Weyl, Charles Fourier. 8. Auflage.	2.50
6	Glenn, Die Philosophie Spinozas. 8. Auflage.	2.00
7	Weyl, Die Frau und der Sozialismus.	3.00
8	Alagona, Die Geschichte der Komune 1871. 2. Aufl.	3.00
9	Engels, Der Ursprung der Familie.	1.50
10	Marx, Das Ende der Philosophie.	2.00
11	Kautsky, Das Erkenntnisprogramm.	2.00
12	Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England.	2.50
13	Simons, Die Geschichtstheorie des Fortschritts.	2.50
14	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
15	Luz, Etienne Cabet und der phantastische Kommunismus.	2.00
16	Predanov, P. G. Versuch der Sozialreform.	2.00
17	Engels, Eugen Dühring's Grundriss der Philosophie.	2.00
18	Pichler, Das Verfall der Philosophie.	2.00
19	Weyl, Die englische Arbeiterbewegung.	2.00
20	Marx, Revolution und Kontr-Revolution.	2.00
21	Weyl, Leben und Tod.	2.00
22	Marx, Die Grundriss der Philosophie.	2.00
23	Weyl, Das Leben der Philosophie.	1.50
24	Lindemann (Lano), Arbeiterbewegung und Sozial-Philosophie in England. 2. Auflage.	2.50
25	Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie.	2.50
26	Pichler, Das Leben der menschlichen Arbeit.	2.00
27	Marx, Die Grundriss der Philosophie.	2.50
28	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
29	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
30	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
31	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
32	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
33	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
34	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
35	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
36	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
37	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
38	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
39	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
40	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
41	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
42	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
43	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
44	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
45	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
46	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
47	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
48	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00
49	Weyl, Das Leben der Philosophie.	2.00
50	Weyl, Die Lehren-Legende. 2. Auflage.	2.00

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Dresden, Große Zinnstraße.

Leben im Wissen - Kunit

Vertical text on the left edge of the page, likely a page number or reference code.

Dresden-Cotta

Advertisement for Matrapas, featuring a logo and text describing the product.

Erscheint 3mal wöchentl.

Advertisement for Matrapas, featuring a logo and text.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Dresden-Stadt.

Unterstehende Geschäfte

empfehlen sich bei Einkäufen.

Leuben

Advertisement for Leuben, listing various businesses.

M. Stange, Fleischermeister.

Advertisement for M. Stange, listing products and services.

Dre-ten-Löblau

Advertisement for Dre-ten-Löblau, listing various goods.

See-Automat

Advertisement for See-Automat, listing products.

Dresden-Pischo

Advertisement for Dresden-Pischo, listing various items.

Dresden-Striesan

Advertisement for Dresden-Striesan, listing products.

Dresden-Cotta

Advertisement for Dresden-Cotta, listing various goods.

Leuben

Advertisement for Leuben, listing businesses.

Alkoholfreie Getränke

Advertisement for Alkoholfreie Getränke, listing products.

Apotheken

Advertisement for Apotheken, listing various pharmacies.

Automaten

Advertisement for Automaten, listing vending machines.

Badenstellen

Advertisement for Badenstellen, listing bathing facilities.

Dresden-Striesan

Advertisement for Dresden-Striesan, listing products.

Dresden-Cotta

Advertisement for Dresden-Cotta, listing various goods.

Leuben

Advertisement for Leuben, listing businesses.

Leuben

Advertisement for Leuben, listing businesses.

Echt Männerbier

Advertisement for Echt Männerbier, listing products.

Polnisches Brauhaus

Advertisement for Polnisches Brauhaus, listing products.

Reisewitzer Biere

Advertisement for Reisewitzer Biere, listing products.

Beaufeldung

Advertisement for Beaufeldung, listing services.

Cacao, Schokolade, Tee

Advertisement for Cacao, Schokolade, Tee, listing products.

Cigarettenfabriken

Advertisement for Cigarettenfabriken, listing products.

Kosara-Cigaretten

Advertisement for Kosara-Cigaretten, listing products.

Cigaretten u. Tabake

Advertisement for Cigaretten u. Tabake, listing products.

M. Warzecha

Advertisement for M. Warzecha, listing products.

Aug. Pfefferkorn

Advertisement for Aug. Pfefferkorn, listing products.

Instalateure

Advertisement for Instalateure, listing services.

Kohlen, Koks, Holz

Advertisement for Kohlen, Koks, Holz, listing products.

Häger

Advertisement for Häger, listing products.

A. Waschke

Advertisement for A. Waschke, listing products.

Bauer u. Haase

Advertisement for Bauer u. Haase, listing products.

H.H. Fischer

Advertisement for H.H. Fischer, listing products.

Leubnitz-Neu-Ostra

Advertisement for Leubnitz-Neu-Ostra, listing businesses.

Leubnitz

Advertisement for Leubnitz, listing businesses.

Leubnitz

Advertisement for Leubnitz, listing businesses.

Leubnitz

Advertisement for Leubnitz, listing businesses.

Leubnitz

Advertisement for Leubnitz, listing businesses.

Leubnitz

Advertisement for Leubnitz, listing businesses.

Leubnitz

Advertisement for Leubnitz, listing businesses.

Leubnitz

Advertisement for Leubnitz, listing businesses.

